

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
gleichmässig zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbillette“.
Durch die Postanstellen und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechspaltige 3mm hohe (Netto-) Zeile oder deren
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit
für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerbühr
für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 81

Donnerstag, den 6. Juli 1933

26. Jahrgang.

Reichsbahn schafft Arbeit

Zusätzliche Aufträge in Höhe von 560 Millionen RM — Beschäftigungsmöglichkeit für etwa 250 000 Arbeitskräfte

Das Tagesgespräch

Parteien vergehen

Dr. Rr. Wer den Sinn der nationalsozialistischen Revo-
lution noch nicht ganz begriffen hat, möchte meinen, die Auf-
lösung der einzelnen Parteien sei irgendwie unorganisch,
irgendwie ein Akt, der nebenherliefe. In Wirklichkeit ist die
Selbstauflösung oder Auflösung eine ganz naturgesetzmäßige
Folge des neuen Staatsgedankens, der heute die Menschen
innerhalb der deutschen Reichsgrenzen organisiert. Die Men-
schen müssen sich von Natur aus irgendwie zu Gemeinschaften
zusammenschließen, sollen sie nicht ein wüster Haufen sein.
Die erste Gliederung des Menschentums ist von der Natur
selbst vorgenommen, die nach Rassen. Die Rassen schaffen
die Zentralpunkte die Staaten und werden so zu Nationen.
Die nationalen Staaten gliedern ihre Mitglieder wiederum
nach bestimmten Richtlinien. Die Monarchie stellte den
Führer heraus, der von den Gefolgsleuten bestimmte Ge-
rechte übertrug erhielt. Mit der Zeit wurde die zur
Kautokratie, in der der Wille des einzelnen der Masse gegen-
überstand. In diesem Zustand waren die Massen nach
bestimmten Ständen gegliedert: Fürsten, fröhlige
Mittelstand, Bürger. In der französischen Revolution erhob
sich der dritte Stand zur Allmacht, legte den autokratischen
König ab, verwarf die anderen Stände und führte das demo-
kratische Prinzip ein. Danach gliederte sich das sogenannte
freie Volk nach gewissen ständischen und sozialen Anschauungen
in Parteien, die von sich aus die Regierung bestimmten. Wie
sich alles überlebt, so wurde auch dieses Prinzip zu Tode
gehegt von seinen eigenen Verfechtern. Es wurde starr,
was wir Deutschen als Volk in höchster Not am ersten zu
spüren bekommen. Aus der Not heraus, in die uns die Par-
teiwirtschaft gebracht hat, ermußt der Wille zu einer neuen
Staatsgestaltung, zu einer neuen Organisation der Volks-
genossen. Es ist wieder das ständische Prinzip, aber
— wie sich alles nach der berühmten Spirale Goethes wieder-
holt — auf einer anderen Höhe. Nicht mehr die alten
Stände, die einen Klassenunterschied kannten, bilden die
Gliederung, sondern das allen Volksgenossen gemeinsame
Prinzip der Arbeit verbietet die Klassifizierung und verlangt
den Berufsstand. Die Berufsstände bilden die Gliederung
des Volkes, aus ihnen wachsen die Vertreter hervor, gipfelnd
in dem Führer an der Spitze. In einem solchen Aufbau haben
die alten Parteien des demokratisch-liberalistischen Systems
keinerlei Berechtigung mehr. Sie können nur den Aufbau
des neuen Staates hindern, wenn sie irgendeine Funktion
ausüben wollten. Wenn wir uns also dem neuen Staats-
gedanken verpflichten, dann haben Bindungen an andere
Parteiprogramme keinen Wert mehr. Und die Parteien, die
sich selbst auflösen, haben sich zu dem neuen Staat bekannt,
also hatten sie kein Feld der Tätigkeit mehr. Die Partei aber,
die das neue Prinzip nicht anerkennen wollte, mußte von
den Verantwortlichen des neuen Staates an der Tätigkeit
verhindert werden, da diese nur in einer Störung der Ord-
nung bestehen konnte.

Jeder dritte Deutsche ein Großstädter

Ueberall schnell liegt das vorläufige Volkszäh-
lungsergebnis vom 16. Juni vor. Es lag uns, daß Deutsch-
lands Bevölkerungszahl seit 1925 um 2,7 Millionen gleich-
mäßig 4 Prozent zugenommen hat. Aber darin allein liegt
nicht der Wert dieser statistischen Arbeit. Sollte doch mit
dieser Volkszählung ein Ueberblick gewonnen werden dar-
über, in welcher Richtung sich die Bevölkerungszusam-
ensetzung entwickelt hat. Und da ist nicht ohne große Bezo-
gen festzustellen, daß der Zug vom Land in die Stadt noch
keine Unterbrechung erfahren und daß die Bildung groß-
städtischer Gemeinwesen weiter vorwärtsschritten ist.
Drei neue deutsche Großstädte mit über 100 000 Einwohnern
sind entstanden, und zwar in Weiden, Gleiwitz und Würz-
burg. Das wichtigste aber dieser neuen Bevölkerungstatistik
ist die Tatsache, daß die Bevölkerungszunahme im Osten
anwuchs und eine Bevölkerungszunahme im Westen feststell-
bar war. Wir stehen also noch immer einer Landflucht
gegenüber, der allerdings jetzt unter den Maßnahmen der
nationalen Regierung entgegengewirkt werden können werden
soll. Die Zahlen der Volkszählung vom 16. Juni geben hier-
für eine willkommene Handhabe und vor allem wertvolle
Hinweise. Es ist der Wille der nationalsozialistischen Re-
gierung, den Osten bevölkerungsmäßig und wirtschaftlich zu
stärken. Die Aufgabe der Statistik wird es sein müssen,
der Bevölkerungsbewegung an Hand der neuen Volks-
zählungstatistik nachzugehen, um gewissermaßen zahlenmäßig
zu beweisen, was die Theorie ist, aber auch die Praktiker
als Notwendigkeit vorbereitet haben.

Unsicherheit in London

In London laufen die Dinge merkwürdig durcheinan-
der. Nach dem Vertragungsbeschluss des jogen. kleinen Biers
regnete man am Dienstag eigentlich in der ganzen Welt,
daß diese Vertaguna auch im Hauptauschuß und damit von

der Konferenz überhaupt beschlossen werden wüßte. Aber
wie stets bei internationalen Konferenzen war man hinter
den Kulissen emig bemüht, es nicht bis zum letzten kommen
zu lassen: man vertagte deshalb die Vertagungsentscheidung
und hofft, bis zum Donnerstag zu einem neuen Mittelweg
gekommen zu sein. An diesen Bestrebungen sind übrigens

die amerikanischen Delegierten besonders stark beteiligt, die
offenbar mit der Roosevelt-Erklärung nicht einverstanden sind,
im übrigen aber vermeiden wollen, daß man Amerika das
Odium der „Torpedierung der Weltwirtschaftskonferenz“
anhängt. Man bezieht sich auch, in der Öffentlichkeit zu er-
klären, daß Präsident Roosevelt in einer neuen Erklärung
zeigen werde, was die Welt tun könne, ohne daß zuvor ein
„Währungswarensstillstand“ geschlossen zu werden brauche.
Roosevelt halte es für seine Pflicht, zu beweisen, daß der
Weg noch frei sei, um die Weltfriede durch eine internationale
Gemeinschaftsaktion zu heilen. Im übrigen ist es be-
merkenswert, daß in der englischen Unterhausdebatte über das
Budget des Handelsamtes die Notwendigkeit und Vordring-
lichkeit wirtschaftspolitischer vor währungsrechtlicher Ent-
scheidungen mehrfach betont wurde. Auch aus Skandinavien
und Japan liegen Meldungen vor, die das besondere In-
teresse dieser Länder an der Annahme der wirtschafts-
politischen Probleme (Zolltarife, Produktionsregelung,
Preisverbesserung) betonen. Den Tendenzen dieser Län-
der, die den Vorrang der wirtschaftspolitischen vor den mo-
netären Problemen auch in der Prozedur der Londoner
Konferenz gewahrt wissen wollen, steht auch weiterhin unter
Führung Frankreichs der europäische Gold-
block gegenüber. Italien hat sich allerdings in einer offen-
bar inspirierten Verlautbarung des „Giornale di Italia“
von diesem Block insoweit distanziert, als es diesen Block
nicht als Einheitsfront gegen Amerika aufgestellt wissen will.
Das Hin- und Her der Goldblockländer auf die Liquidierung
der Konferenz erklärt sich aus ihrem Bestreben, von den
Verpflichtungen des im Zusammenhang mit der Weltwirt-
schaftskonferenz abgeschlossenen Zollwarensstillstandes loszu-
kommen, um Gegenmaßnahmen gegen die Auswirkungen
des amerikanischen Exportes treffen zu können, der sich
des starken Anreizes einer devaluierten Währung erfreut.

Weltwirtschaftskonferenz tot?

London, 6. Juli.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz herrscht jetzt die An-
sicht vor, daß die Konferenz trotz aller Wiederbelebungs-
versuche tot ist. Es heißt, daß die schweizerische Delegation
bereits Sitze in dem Zug belegt hat, der am heutigen Don-
nerstag London verläßt.

Kreise, die der amerikanischen Delegation nahestehen,
äußern, Roosevelt werde nicht so sehr verärgert, durch neue
Weisungen die Konferenz doch noch zu retten, vielmehr
darauf abzielen, die persönliche Antipathie zu vermindern,
die während der letzten Tage entstanden ist.

Goebbels über die Auslandshege

Die bulgarische Regierungszeitung „Sname“ hat ein
groß aufgegebenes Interview ihres Berliner Korresponden-
ten mit Reichsminister Goebbels veröffentlicht. Dr. Goeb-
bels betonte die Friedensliebe der Regierung.

Als Grund, warum das neue Deutschland auf die Kühle
der ganzen Welt getroffen sei, nennt Goebbels die Ver-
leumdungshege, die von den früheren deutschen Re-
gierungen gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung
betrieben worden sei, so daß die Welt nicht habe erken-
nen können, was der Nationalsozialismus in Wirklich-
keit darstelle.

Seine Aufgabe sei es, die im Auslande herrschende falsche
Vorstellung zu bekämpfen. In jeder Revolution kämen Ent-
gleisungen vor, doch habe die Welt noch keine friedlichere
Revolution gesehen, als es die deutsche war. Ueber die
deutsch-bulgarischen Beziehungen äußert sich Dr. Goebbels
eindeutig und zeigt keine Befriedigung darüber, daß Bul-
garien eines der ganz wenigen Länder ist, das dem neuen
Deutschland gegenüber Zurückhaltung und den Willen be-
steht hat, die wirkliche Lage in Deutschland zu erkennen
und zu verstehen. Dadurch habe Bulgarien die christliche
Sympathie der deutschen Regierung gewonnen. Ueberdies
beständen vielerlei Gemeinsamkeiten zwischen beiden Län-
dern, so die ungerechten Friedensverträge, gegen die von
beiden Seiten angekämpft werde. Nur einige Staaten hät-
ten sich nicht durch die Greuelhege gegen Deutschland auf-
putzen lassen, und dazu gehöre Bulgarien. Diese Haltung
werde in Deutschland mit Dankbarkeit begrüßt.

Das deutsche Volk habe genügend kulturelle Macht, um
sich in der Welt durchzusetzen. Dies sei im übrigen eine
Frage der Zeit, des Verstandes und der Tatkraft. Eine Än-
derung der Atmosphäre mache sich schon bemerkbar. Deutsch-
land sei das Herz Europas und müsse als solches behauptet
werden.

Aufnahmeperrre für SA, SS, Stahlhelm

Ab 10. Juli.

Die Pressestelle der Obersten SA-Führung teilt mit:
Für die gesamten der Obersten SA-Führung unterstellten
Gliederungen (SA., SS., Stahlhelm) ordne ich ab 10. Juli
1933 eine Aufnahmeperrre bis auf weiteres an.

Ausnahmen in besonders gelagerten Fällen sind in
jedem Falle der Genehmigung der Obersten SA-Führung
vorbehalten.

Der Chef des Stabes: Köhm.

Eine halbe Milliarde für Arbeit

Reichsbahn eröffnet 250 000 Arbeitskräften Beschäfti-
gungsmöglichkeit.

Der dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn vor-
gelegte vorläufige Ueberblick über die Entwicklung der Ein-
nahmen für das erste Halbjahr 1933 zeigt, daß gegenüber
der gleichen Zeit des Vorjahres die Gesamteinnahmen um
4,3 Prozent, gegenüber 1929 aber um 47,7 Prozent, zurück-
gegangen sind. Gegenüber 1932 sind lediglich die Einnahmen
im Personenverkehr beträchtlich niedriger. Die Einnahmen
im Güterverkehr liegen um rund 2 Prozent höher. Diese
Tatsache berechtigt zu der Hoffnung, daß die wirtschaft-
liche Entwicklung die bisherige Einnahmehäufung
für 1933 rechtfertigen wird.

Die Reichsbahn wird ihrerseits die Entwicklung durch ein
großes Arbeitsbeschäftigungsprogramm fördern. In einge-
henden Besprechungen mit der Reichsregierung und der Reichs-
bank ist ein Arbeitsprogramm in Höhe von 560 Millionen
RM aufgestellt und finanziert worden. Da zunächst die Auf-
legung einer langfristigen Anleihe noch nicht möglich ist, er-
folgt die Aufbringung des Geldbedarfes zwischenzeitlich durch
Wechsel, deren Unterbringung gesichert werden konnte. Mit
den Arbeiten können 250 000 Arbeitskräfte durchschnittlich
für die Dauer eines Jahres beschäftigt werden.

Der Verwaltungsrat beschloß ferner, von der reichs-
gesetzlichen Ermächtigung zur Gründung des Zweigunter-
nehmens „Reichsbahn-Verkehr“ Gebrauch zu machen.
Damit die Arbeiten sofort in Angriff genommen werden
können, ohne die endgültige Finanzierung abzuwarten, stellt
die Reichsbahn dem neuen Unternehmen ein Darlehen von
50 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Die Arbeiten
haben auf der Strecke Frankfurt — Mannheim be-
reits begonnen.

Der Verwaltungsrat bildete aus seiner Mitte einen

Auschuß für Personallangelegenheiten,

bestehend aus den Verwaltungsratsmitgliedern Biehl,
Reminger, Febr. von Schröder und Stieler. Dieser Aus-
schuß wird sofort in eine Ueberprüfung der auf dem Per-
sonalgebiet liegenden Fragen eintreten. Die drei erlän-
gten Herren sowie der vom Generaldirektor dem Aus-
schuß beigegebene Präsident der Direktion Köln, Kleinmann,
sind Nationalsozialisten.

Die Auswahl der Arbeiten

Bei der Auswahl der Arbeiten ergab sich ein Pro-
gramm, das sowohl auf die vordringlichen Bedürfnisse des
Unternehmens zugeschnitten ist, aber auch dem Verlangen
nach Ausbreitung bei der Belegung des Arbeitsmarktes auf
die verchiedenen Vandestelle und Wirtschaftszweige gerecht
wird. Die Arbeiten und Aufträge werden sich an diejenigen
anschließen, die zur Zeit aus den Einnahmen des laufenden
Jahres und dem laufenden Arbeitsbeschäftigungsprogramm
von über 300 Millionen RM gedeckt werden. Sie werden
in das Geschäftsjahr 1934 hinüberreichen und werden damit
dessen Ausgabenprogramm erhöhen. Das wird notwendig
sein, weil selbst bei einem Konjunkturaufstieg nicht sofort
eine alle Bedürfnisse befriedigende ausgeglichene Betriebs-
rechnung erwartet werden kann.

Wie die folgende Aufstellung zeigt, wird die Reichsbahn
die Mittel in erster Linie zur Pflege ihrer Anlagen verwen-
den und erst in zweiter Linie neue Anlagen herstellen. Es
handelt sich also durchweg um Arbeiten, die auch unter den
heutigen Umständen als nützlich und wirtschaftlich vertret-
bar bezeichnet werden können.

Im einzelnen sind vorgesehen: Für Oberbauarbeiten
(Erweiterung des Erneuerungsprogramms um etwa 1200
Kilometer und 3000 Weichen) 155 Mill. RM; Pflege und
Verbesserung des vorhandenen Fahrzeugparks 55 Mill. RM;
Unterhaltung und Erneuerung der baulichen Anlagen 70
Mill. RM; Unterhaltung und Erneuerung der maschinellen
Anlagen 11 Mill. RM; Beschaffung von Lokomotiven und
Wagen 78 Mill. RM.

In Verfolg der begonnenen Motorisierung des Verkehrs
für Kraftwagen 15 Mill. RM; Förderung und Fertigstellung
begonnenen Bauen und für den Beginn der Berliner Nord-
Süd-S-Bahn 126 Mill. RM.

Es geht aufwärts!

Wirtschaftsbesserung auch in der Sechschiffahrt.

Auch in der Sechschiffahrt ist in Verfolg der wirtschaftsfördernden Maßnahmen der Reichsregierung eine zunehmende Besserung deutlich erkennbar. So betrug die Zahl der ausfahrenden Sechschiffe am 1. Juli in Hamburg 94 gegen 125 am 1. Juni. Der Raummehrgewinn belief sich auf 401 770 RM. bzw. 240 358 RM. gegen 515 147 bzw. 307 459. Unter den 94 Sechschiffen befanden sich 89 deutsche (120 am 1. Juni).

Ist der Rückgang der aufgelegten Tonnage gegenüber dem Vorjahre mit 113 000 Tonnen, d. h. über 20 Prozent, schon sehr beachtlich, so wird die günstige Entwicklung besonders deutlich, wenn man die Zahlen vom 1. Juli vorigen Jahres zum Vergleich heranzieht. Damals lagen in Hamburg 718 116 RM. auf, so daß der Rückgang gegen das Vorjahr bereits rund 44 Prozent beträgt.

Generalinspekteur für Straßenbau

Dr. Todt ernannt.

Berlin, 6. Juli.

Reichskanzler Adolf Hitler hat nunmehr Dr. ing. Fritz Todt zum Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen ernannt.

Diplomingenieur Dr. Fritz Todt steht im 42. Lebensjahr und hat in Vorpommern das Licht der Welt erblickt. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Bauleiter großer Tiefbauwerke war Dr. Todt seit 1928 Geschäftsführer und technischer Leiter der Bauunternehmung von Sager & Wörner Straßenbau G. m. b. H., München. Durch seine Tätigkeit in der Industrie ist Dr. Todt nicht nur in Süd- und Mitteldeutschland, sondern auch im Norden und vor allem in Ostpreußen, Pommern und der Grenzmark mit den strafbauten Verhältnissen vertraut und kennt aus seiner bisherigen Tätigkeit auch den Straßenbau in Italien, Frankreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei.

Im Kriege war Dr. Todt vom ersten bis zum letzten Tage an der Westfront, zunächst als Artillerist beim Feldartillerie-Regiment Nr. 14 in Karlsruhe, dann als Bataillonsadjutant beim Grenadier-Regiment Nr. 110 und ab 1916 als Fliegerbeobachter im Abflieger-Flieger-Verband, wo er im August 1918 im Luftkampf verwundet wurde.

Der NSDAP. gehört Dr. Todt seit 1922 an. Seit einer Reihe von Jahren war er Fachberater für Straßenbau in der von Gottfried Feder geleiteten Abteilung für Wirtschaftstechnik und Arbeitsgestaltung. Als Nationalsozialist gehört Dr. Todt der SA. als Sturmführer in der Standarte 16 an.

Preussische Personalveränderungen

in der allgemeinen und inneren Verwaltung.

Im Bereich der allgemeinen und inneren Verwaltung Preußens sind folgende Personalveränderungen erfolgt: Stadtfürsorgeorg. Dr. med. Schwab in Hannover ist in das Ministerium des Innern einberufen worden. Staatssekretär i. e. R. Schleusener ist zum ständigen stellvertretenden Beisitzer des Schiedsgerichts für die Befolgung der Kommunalbeamten ernannt worden. Oberregierungsrat Dr. Friese ist aus der Unterrichtsverwaltung übernommen und dem Oberpräsidium in Hannover zugeteilt worden.

Vortretungsweise mit der Verwaltung folgender Stellen sind beauftragt worden: Landrat in Bielefeld: Amtsgerichtsrat Dr. Thiele in Orlau; Landrat in Neumarkt: Gewerbeschaffungs-Dipl.-Ing. Otto in Breslau; Landrat in Wismar: Gerichtsassessor a. D. Böhm in Berlin; Landrat in Sangerhausen: Regierungsrat Rintelen vom Oberpräsidium in Magdeburg; Landrat in Wolfshagen: Regierungsrat Dr. Elze in Kassel; Landrat in Hofgeismar: Regierungsrat Braun dafelbst; Landrat in Bad Reuznach: Regierungsassessor Rademacher in Koblenz.

Ueberrufen sind: Landrat i. e. R. von Windheim in Guben an die Regierung in Magdeburg; Landrat i. e. R. Dr. Müller-von Blumentron in Ludau an die Regierung in Erfurt; Landrat i. e. R. Dr. Hüttenheim in Neumarkt an die Regierung in Düsseldorf; Regierungsrat i. e. R. Lehmann in Bonn an die Regierung in Köln.

Vorübergehend überwiesen ist Regierungsrat Westphal in Düsseldorf dem Staatsministerium zur ausübungsweisen Beschäftigung unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberregierungsrat.

Weiter sind 17 Kriminalkommissare zu Kriminalräten ernannt worden, darunter sechs in Berlin.

Kommissar für agrarpolitische Presse

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft A. Balthar Darré hat folgende Anordnung getroffen: „Um die Gewähr dafür zu haben, daß die Verlautbarungen aus dem Reichsernährungsministerium und dem preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einheitlich und dem Willen des Ministers entsprechend herausgegeben werden, auch außerhalb der Ministerien bei den freien Berufsverbänden, Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Organisationen eine Einheitlichkeit im agrarpolitischen und Nachrichtenwesen der Referenten für das agrarpolitische Pressewesen im Herrn für Agrarpolitik und Reichsleitung der NSDAP. Herrn Roland Schulze zum Kommissar für das agrarpolitische Presse- und Nachrichtenwesen im Reichsernährungsministerium und preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Geschäftszimmer ist im Reichsernährungsministerium.“

Bausparfassen-Zusammenschluß

Vom Wirtschaftspolitischen Amt der NSDAP. wird darauf hingewiesen, daß gemäß der Verfügung vom 1. Juli 1933 der Reichskommissare Dr. h. c. Wagener und Direktor Möllers sämtliche bestehenden Bausparfassenverbände aufgelöst und liquidiert wurden. Die einzelnen Bausparfassen würden dagegen durch diese Maßnahmen in ihrem Bestande keineswegs berührt.

Die Volkszählung am 16. Juni

Vorläufige Uebersicht

Länder und Provinzen	Ortsanwesende Bevölkerung 1933	1925
Preußen		
Provinz Ostpreußen	2 356 938	2 275 065
„ Brandenburg	2 747 520	2 615 132
Stadt Berlin	4 202 050	3 929 648
Provinz Pommern	1 942 367	1 920 368
Grenzmark Posen-Westpreußen	341 875	337 351
Provinz Niederschlesien	3 237 241	3 158 883
„ Oberschlesien	1 479 010	1 372 540
„ Sachsen	3 378 948	3 229 780
„ Schleswig-Holstein	1 596 811	1 536 670
„ Hannover	3 365 610	3 247 717
„ Westfalen	5 031 211	4 782 788
„ Hessen-Nassau	2 577 988	2 487 137
„ Rheinprovinz	7 627 117	7 205 802
Hohenzollern	73 387	72 372
Preußen insgesamt	39 958 073	38 241 253
Bayern	7 703 997	7 411 589
Sachsen	5 196 386	4 981 862
Württemberg	2 713 150	2 595 114
Baden	2 429 977	2 336 493
Thüringen	1 676 759	1 626 405
Hessen	1 426 830	1 358 445
Hamburg	1 181 548	1 128 788
Mecklenburg-Schwerin	708 077	687 599
Oldenburg	581 296	553 670
Braunschweig	518 736	509 660
Anhalt	365 824	351 692
Bremen	366 425	332 547
Lippe	179 305	166 038
Lübeck	138 469	127 540
Mecklenburg-Strelitz	112 809	112 052
Schaumburg-Lippe	50 469	48 660
Deutsches Reich	65 306 100	62 568 455

Die in vorstehender Statistik angeführten Bevölkerungsdaten der einzelnen Länder und Provinzen geben ein Bild von dem ungleichartigen Verlauf der Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen Reichsteilen. Die Bevölkerungszunahme von 1925 bis 1933 war, wenn man von den kleineren Ländern und den Stadtstaaten abieht, am stärksten in Ostpreußen mit 7,8, in Berlin mit 6,9, in der Rheinprovinz 5,9, in Westfalen mit 5,2 und in der Provinz Brandenburg mit 5,1 Prozent; am schwächsten in der Grenzmark Posen-Westpreußen mit 0,1, in Pommern mit 1,1, in Braunschweig mit 2,0, in der Provinz Sachsen mit 2,4 Prozent und in Niederschlesien mit 2,5 Prozent.

mute ist, trampelt einem auf dem Herzen rum und will, daß man ihr helfen soll.“

Der Hauptmann Rabenhainer mußte sich zum Fenster wenden. Er empfand sich einer ähnelnden Situation vor wenigen Tagen, und es dauerte eine ganze Weile, bis er wieder ruhig sprechen konnte.

„Das ist das erste, was ich über die Mite Kretelsdorf höre. Hier in dem kleinen Nest hocht man nahe beieinander, und ich hab' mir immer erzählen lassen, sie war' anders als die jungen Mädels im Städtchen.“

Heinrich Kremzow zerdrückte die ausgegangene Zigarette zwischen den großen Fingern.

Anders wohl, Herr Hauptmann, aber ich weiß nicht, ob besser. Vielleicht nur heimlicher, oder mehr die Mutter, denn die hat immer ängstlich gefordert, daß die Tochter vor den Leuten nicht ins Gerede kommt.“

„So, so“, sagte der kleine Rabenhainer, „das muß ja ein ausgemachter Hundsstich sein, der so ein liebes Mädel an der Nase herumführt!“

Heinrich Kremzow stand auf, stützte sich schwer auf den Tisch.

„Dieser Hundsstich dient in Ihrer Rompagnie, Herr Hauptmann. Es ist der Leutnant Hans von Naugaard!“

Der kleine Rabenhainer fuhr auf, seine staubblauen Augen wurden dunkel vor jäh aufsteigendem Zorn.

„Kremzow, Sie haben viel bei mir zugehört, aber wahren Sie Ihre Zunge! Sie sprechen von einem Offizier des Bataillons Sport!“

„Wohl, wohl“, erwiderte der andere, „von dem Herrn Leutnant von Naugaard. Aber wie würden Herr Hauptmann sonst einen Menschen bezeichnen, der sich mit einem anständigen Mädel fast zwei Jahre lang herumzieht, allerhand Hoffnungen aufzuklären läßt, sozuzogen, und sich nachher nicht mehr zu erkennen gibt? Wo die Deern ihr eigenes Leben eingeleistet hat, um ihn vor dem Verdacht wegen dem Mädeln zu bewahren? ... Während die Herrn Leutnants alle drüben in Kohnslein zu Besuch waren, ist sie hingegangen, hat dem Herrn Forstmeister seinen besten Fischbullen totgeschossen.“

„Sie find verrückt, Kremzow“, sagte der Hauptmann Rabenhainer, griff mit unruhiger Hand nach einer neuen Zigarette.

53 Großstädte

Die Zahl der Großstädte, d. h. der Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern, beträgt nach der neuen Zählung 52 (einschließlich Saarbrücken 53). Neu in den statistischen Rang einer Großstadt aufgerückt sind: Bielefeld, Gießen und Würzburg. Die ortsanwesende Bevölkerung der Großstädte beläuft sich auf insgesamt 107 Millionen Einwohner oder 30,1 v. H. der Reichsbevölkerung. Fast jeder dritte Deutsche lebt also heute in einer Großstadt. 1925 war es noch jeder vierte. Durch Eingemeindungen und Bevölkerungszuwachs sind zu den 16,4 Millionen Großstadtbewohnern von 1925 weitere 3,3 Millionen Menschen oder 19,6 v. H. hinzugekommen.

Innerhalb der heutigen Gemeindegrenzen der Großstädte (Gebietsstand vom 16. Juni 1933) ist die Großstadtbewölkerung jedoch nur um 1,1 Millionen oder 5,7 v. H. gewachsen in der Hauptfläche durch Zuwanderungen.

In Berlin wurden am 16. Juni 1933 4 202 000 ortsanwesende Personen festgestellt, in Hamburg 1 092 400. Mehr als eine halbe Million zählen außerdem Köln (750 000), München (726 000), Leipzig (702 000), Essen (650 000), Dresden (643 000), Breslau (623 800), Frankfurt a. M. (548 500) und Dortmund (534 800).

Rückgang des Frauenüberschusses

Die Bevölkerungsdichte ist von 133 Einwohnern je Quadratkilometer im Jahre 1925 auf 139 Einwohner im Jahre 1933 gestiegen. Von den europäischen Staaten weisen lediglich Belgien, die Niederlande und England eine höhere Bevölkerungsdichte auf.

Sinnfälliger als der Frauenüberschuss ist in der Festlegung der bereits im Jahre 1925 beobachteten Entwicklung ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Trafen auf 1000 Männer im Jahre 1919 noch 1101 Frauen, dann waren es 1925 1073 und 1933 nur noch 1060. Bei der letzten Zählung vor dem Krieg (1910) trafen auf 1000 männliche 1029 weibliche Personen.

Im übrigen ist bei der Beurteilung aller Angaben und Vergleiche zu beobachten, daß es sich um vorläufige Ergebnisse der ortsanwesenden Bevölkerung handelt, während die endgültigen Volkszählungsergebnisse nach Prüfung des umfangreichen Zahlungsmaterials durch die statistischen Landesämter auf Grund der sogenannten Wohnbevölkerung aufgestellt werden.

Immer neue Korruptionsfälle

Betrug bei der Braunschweiger Ortrantenkasse.

Braunschweig, 6. Juli. Die Ermittlungen des Landesfiskalpolizeiamts über die Verhältnisse bei der Johannisklinik der Braunschweiger Allgemeinen Ortrantenkassen haben ergeben, daß der in der Johannisklinik tätig gewesene, in Unterjüngerschaft befindliche Jahrgang Dr. Oswald, gemeinsam mit dem Magdeburger Kaufmann Cohnmeyer, im Laufe der Jahre um viele Tausende geklaut hat.

Wald hat im Jahre 1928 mit Cohnmeyer ein Abkommen getroffen, wonach Wald von allen Aufträgen an Cohnmeyer eine Provision von 10 Prozent erhalten sollte. Wogegen die Firma des Kaufmanns Cohnmeyer eine Wohnpolizei erhielt und außerdem Wald auf die Einbehaltung des der Krankenkasse zustehenden Stontos verzichtete. Auf diese Weise erhielt Wald im Laufe der Jahre 35 000 Mark. Um möglichst hohe Umsätze zu erzielen, klagte Wald die Einkäufe der Kasse bei Cohnmeyer von 20 000 bis auf 100 000 RM und kaufte hochwertigere Waren, die er dann in seiner Privatpraxis verwendete oder an andere Krankengäste weiterverkaufte, so daß ihm dadurch ein weiterer erheblicher Betrag zufließt. Der daffernmäßige Schaden der Ortrantenkasse läßt sich noch nicht feststellen.

Irrer erdolcht Lehrer

Essen, 6. Juli. In dem Vorort Ueberruhr ereignete sich eine schwere Bluttat. Der 21 Jahre alte Schuwmachergehilfe König, der erst vor kurzer Zeit aus der Jugendanstalt entlassen worden war, drang in eine Mädchenkassette der katholischen Volkshochschule ein und stürzte sich mit einem Dolch auf die den Unterricht abhaltende 43 Jahre alte Lehrerin. Durch mehrere Stiche in Brust und Kopf wurde die Lehrerin von dem Wahnsinnigen auf der Stelle getötet. Die Kinder mußten der Bluttat zusehen, ohne Hilfe leisten zu können. Der Täter flüchtete, konnte aber kurz darauf festgenommen werden.

Die Sporkelchen Gäger

Roman von Richard Glomann

Copyright 1933 by Romantisch Verlag Berlin 30

(40. Fortsetzung.)

„Da, Kremzow! Und an wen erinnert Sie der wohl?“

„Herrgott, Herr Hauptmann, doch nicht an unfern alten Gräber? Wie der, auf dem dritten Tagmarisch nach Daresalam, dem Leoparden an den Hals fuhr, der tapfere kleine Kerl. Und wir hatten alle Not, den tiefen Kracher wieder auszufürzen, den er über den Rücken gestrichelt hatte.“

„Es ist sein Enkel“, sagte der kleine Rabenhainer ernsthaft, „leiste den zappelnden Tadel wieder in seinen Korb zurück.“

„Das kann ich wohl begreifen“, sagte Heinrich Kremzow, „es war eine gute Art. An dem tapferen kleinen Hund konnte sich mancher Mensch ein Beispiel nehmen.“ Und nach einer Weile fügte er hinzu: „Also, was der Herr Hauptmann von der Mite Kretelsdorf bemerkt, das hatte ich auch geglaubt! Auch mein Willemsmann, der nach Wittensee kam, um mir die vorzuschlagen. „Heinrich“, sagte er zu mir, „das ist was Besonderes, sauber wie ein neues Linnenstück, und kein Mensch kann ihr was nachsagen.“ Da machte ich mich auf den Weg, das reiste mich. Denn der Herr Hauptmann werden wohl wissen, wie das bei uns kleinen Leuten zugeht. Man erfindet sich vorher, ob auch alles stimmt, ehe man sich auf die Freie begibt!“

Genau wie der fortrekte Herr von Wahlenberg, „mußte der kleine Rabenhainer denken, aber er hülfte sich, den andern in seiner schwerfälligen einbergehenden Rede zu unterbrechen.

Und der lange Heinrich fuhr fort:

„Also man kommt her, es stimmt alles mit dem Vermögen und der Schönheit, nur eines stimmt nicht: Es ist schon ein anderer vorher dagewesen, man ist nicht mehr der erste! Da kriegt man's mit dem kalten Zorn, möchte diesem andern ans Leber, aber es geht nicht. Das Mädel tut einem leid, wie es sich barnt und grämt, und noch etwas kommt hinzu: sie hat Vertrauen zu einem, fragt in ihrer Hilflosigkeit und Verlassenheit um Rat! Fragt gar nicht, wie es unsereinen zu-

lassenheit um Rat! Fragt gar nicht, wie es unsereinen zu-

lassenheit um Rat! Fragt gar nicht, wie es unsereinen zu-

lassenheit um Rat! Fragt gar nicht, wie es unsereinen zu-

(Fortsetzung folgt)

